

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 26.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25 f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 24. Dezember 1904.

Berlag:
K. Vohrberg, Hannover, Steinforstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Schillerstraße 6.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

Das Verbandsbureau befindet sich
Burgstraße 9, 1. Etage links.

An die Bevollmächtigten und Be-
trauensleute!

Durch Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung ist es notwendig geworden, daß alle Mitglieder neue Quittungsbücher erhalten. Die neuen Bücher sollen an Neueintretende erst vom 1. Januar 1905 ab abgegeben werden, an vor diesem Datum eingetretene Kollegen, wenn sie ihre Beiträge für das Jahr 1904 entrichtet haben.

Die Umwechslung der Bücher empfehlen wir den Kollegen und Kolleginnen in der Weise vorzunehmen, daß die Hilfskassierer die Bücher, in denen für das Jahr 1904 der Beitrag quittiert ist, einsammeln und die neu ausgestellten Bücher beim nächsten Einkassieren der Beiträge an die Mitglieder abgeben. Beim Ausstellen der neuen Bücher wolle man sorgfältig die bisher geklebten Marken zählen und die Zahl auf der Rückseite des Titelblattes unter der Überschrift "Für neu anzustellende Bücher" eintragen. Ebenso muß die Summe des zuletzt erhaltenen Umzugsgeldes unter Angabe des Datums und die Zahl der seitdem entrichteten Beiträge eingetragen werden.

Kollegen, die ihr Buch mit der Zahlung des letzten Wochenbeitrages im Dezember vollgesteuert haben, erhalten also kein Erfassungsbuch, sondern ein neues Quittungsbuch.

Die vollgesteuerten Bücher sind nicht einzusenden, wohl aber die mit den neuen Büchern gesandten ausgefüllten Zettel. Dagegen sind die alten unverkauften Bücher einzusenden.

Nach dem 1. Januar sind nur neue Bücher an eintretende Kollegen auszuhändigen.

Wir können die benötigten Bücher nicht alle auf einmal den Zahlstellen zufenden, sondern nur einen Teil, unaufgefordert senden wir die fehlenden partienweise nach.

Mit kollegialischem Gruß

August Brey.

Das Fest des Friedens!

Fest des Friedens und der Freude nennt die herrschende Gesellschaft das Weihnachtsfest. Wir wollen uns diesmal nicht in historischen Reminiszenzen ergehen, um zu zeigen, wie das Weihnachtsfest, das in schlauser Spekulation mit der Mythe Christi, oder richtiger kirchendogmatischer Religion verquickt wird, aus dem Heidnischen überliefert ist.

Heute sei einmal die Heuchelei gekennzeichnet, die sich besonders in diesen Tagen breit macht.

Den Kleinen erzählt man, der Herrgott komme in eigener Person oder sende einen Boten, um alle Menschenkinder nach Maßgabe ihrer guten oder bösen Taten zu beschenken. Die Guten erhalten Geschenke, die das Herz sich wünschte, die Bösen gehen leer aus oder werden mit einer Rute bedacht. Und was sieht man? Der Herrgott ist wohllos; die guten und bösen Kinder reicher Eltern erliegen unter der Last der Geschenke, die ihnen der Weihnachtsmann auf den Tisch legt; die braven und unartigen Kinder des Proletariats werden in gleicher Weise mit armseligen Geschenken bedacht, die allerdings für die Eltern schwere Opfer bedeuten, und schließlich, das folgiamste und bravste Kind der armen Witwe muß erst noch einen bitteren Gang zum Armenvater machen um unter demütigenden Ermahnungen, um Belehrungen — dankbar der edlen Geschenkgeber zu gedenken — irgend ein notwendiges Kleidungsstück in Empfang zu nehmen. Alles das, hier Glanz, schlechte Charaktere, Nichtsnutzigkeiten und überreiche Gaben, dort Armut, Fleiß, Brautheit und Almosen, gibt man aus als die bewußte Handlung und Einrichtung eines allmächtigen, gütigen Gottes, — seinen Ebenbildern gegenüber. Was sich der Herrgott nicht alles gefallen lassen muß von dem christlichen Heuchlertum!

Der reiche Fant, der glücklich war in der Wahl seiner Eltern, der noch keine Stunde erprießlicher Arbeit im Interesse der Gesamtheit widmete, er schenkt seiner Waise zum Christkindchen kostbares Geschenke. Sein Vater hat ja erst kürzlich wieder seinen Arbeitern den Lohn gekürzt, da darf der Herr Sohn am Weihnachtsfeste etliche Goldstücke mehr drauf gehen

lassen — zur Ehre Gottes. Und der arme Arbeiter, dem vor Weihnachten der Lohn heruntergerissen wurde, stöhnt auf in bitterer Verzweiflung, weil er seinen Lieben keine Weihnachtsfreude bereiten kann; er muß vor sie hinstreten und, den Stachel im Herzen, mit verzerrt lächelndem Munde den Seinen sagen: „Diesmal ist das Christkind vorbeigegangen, nächstes Jahr kommt's sicher!“ Aber so geht's von Jahr zu Jahr. Es hat sich noch nicht geändert, als den Kleinen schon dämmert, was es mit dem Christkind auf sich hat. Dunkel ahnen sie bereits die große Lüge der offiziellen christlichen Welt und bald erkennen sie auch, daß das, was man ihnen als eine Einrichtung des Himmels gepriesen hat, nichts anderes ist, als ein im großen betriebener Raub und Diebstahl an der Arbeitskraft. Das Kind kommt zum Bewußtsein, daß die niedrigen Triebe und Leidenschaften der herrschenden, ausbeutenden, unterdrückenden Sippe Einrichtungen geschaffen haben, die man als Werke eines allgütigen, allweisen und allmächtigen Gottes heuchlerisch preist, obwohl Brutalität und kraßes Unrecht die Folgen der sogenannten christlichen Ordnung sind. Kann es eine tollere Heuchelei und eine schrecklichere Blasphemie geben als die Reklamation göttlichen Willens für die schrecklichen Brutalitäten, Gemeinheiten und Ungerechtigkeiten?

Göttliche Einrichtung soll sein, was dem Teufel Gabsucht gefällt! Von den Kanzeln der Kirchen, bei den Bescherungen, wenn man den Armen die von den Tischen der Reichen und Uebersatteten abgefallenen Brosamen zumißt, eifert das moderne Pharisäertum unter heuchlerischem Augenaufschlag gegen Sünde und Sünder. Und wer züchtet Sünder und reizt zur Sünde? Die Prediger der Tugend, als Anwälte der bestehenden Einrichtungen! Gabsucht, Proffitgier, der Tanz ums goldene Kalb, an dem sich in hochantisch wirbelndem Reigen die Vertreter der „göttlichen Weltordnung“ beteiligen, sind es, die von Zeit zu Zeit Tausende Proletarier auf das Pflaster werfen, der Arbeitslosigkeit und dem Hunger überantworten. Wenn die Läger mit Waren vollgeproppelt sind, wenn in fleißiger Arbeit ein Reichtum von Gütern geschaffen worden ist, dann schleicht das Elend heran, dann werden Tausende der Schaffenden bettelarm, weil das kapitalistische Interesse es so verlangt. Wir werden arm, weil wir zu viel Reichtum geschaffen haben! — Das Heuchlertum, dem solche Zustände zusagen, sagt: „Das ist göttliche Weltordnung!“

Egoismus und Gabsucht ist die Grundlage der angeblich göttlichen Weltordnung. Tausende Proletarier irren hilflos umher, sie möchten gern arbeiten und schaffen und Bedürfnisse befriedigen. Viele haben keine ordentliche Wohnung, in den dampfen, lichtlosen, feuchten Proletarierwohnungen gehen die „Ebenbilder Gottes“ massenhaft frühzeitig zugrunde; mancher half herrliche Paläste errichten und haust selbst in einem dunkeln Loch; andere schaffen dies und das und es fehlt ihnen dies und jenes, sie können nicht kaufen, weil sie zu wenig Lohn erhielten. Groß ist die Summe der zu befriedigenden Bedürfnisse, groß die Zahl der arbeitslustigen, brachliegenden Arbeitskräfte, und doch muß die große Schar hungern und darben, es bleibt die Schar der Arbeitslosen zur Untätigkeit verdammt, da sterben sie hin, da rücken sie dem Verbrechen in die Arme, die Ebenbilder Gottes — weil das Kapital, die angebliche göttliche Weltordnung das so will. Längst ist bekannt, daß Arbeitslosigkeit die Gefängnisse füllt, die Kindersterblichkeit erhöht, — göttliche Weltordnung soll das sein und in diesen Tagen singt und betet man: „Ehre sei Gott in der Höhe!“

Erst lehrt man: Alle Menschen sind nach dem Ebenbilde Gottes, dem Feinde aller Sünde und Ungerechtigkeit, erschaffen. Dann verteidigt man Einrichtungen, unter denen Menschen zu Sklaven, zu willenlosen Arbeitstieren herabgewürdigt werden, unter denen die „Ebenbilder“ dem Verbrechen und der Sünde in die Arme getrieben werden, unter denen Unrecht und Gemeinheit die wildesten Orgien feiern, unter denen Lumpen, Bländerer und Ausbeuter als Verteidiger der göttlichen Weltordnung auftreten, unter denen die Ausgeplünderten und Unterdrückten, die den Wirkungen der Verhältnisse unterliegen, als Brut der Hölle und des Teufels bezeichnet werden, und schließlich verlangt man auch noch, der Arme und Verstoßene soll für solche himmlische Einrichtung danken und Lobpreis singen!

Wenn es eine Gottesbeleidigung geben kann, keine schlimmere könnte erfunden werden, als wie durch das

heutige Heuchlertum begangen wird durch die Proklamierung all des Unrechts, der Brutalitäten und Gemeinheiten — als göttliche Weltordnung! —

Wie Heuchelei klingt es, wenn aus manchem Hause in diesen Tagen der Sang erklingt: Friede auf Erden! Der Fabrikant, der eben erst seine Arbeiter auf Pflaster warf, weil sie von ihm als Menschen behandelt sein wollten, oder weil der heilige Geist es so diktierte; der skrupellose Ausbeuter, der gerade eine Lohnkürzung angeordnet hat, weil die Arbeiter im Winter ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind; der Richter, der kaum die Feder aus der Hand gelegt, mit der er das Klassenurteil unterschrieb, das gefällt wurde gegen Arbeiter, die anders nichts taten, als dem brutalen Kapital gegenüber die Existenz ihrer Familien zu verteidigen — sie alle, alle singen und beten: Friede auf Erden!

Und doch blüht ein Hoffnungsschimmer durch Schmach und Elend. Wie ein Frieden anblühendes Licht durchbricht allmählich immer stärker die große gesellschaftliche Lüge und Heuchelei von göttlicher Weltordnung — die moderne Arbeiterbewegung.

Diese tritt wirklich ein für Gleichheit und Recht, gegen Unterdrückung und Ausbeutung! Aber diese idealen Ziele muß sie der gegenwärtigen, angeblich göttlichen Weltordnung in hartem Kampfe abringen. Je höher das ideale Streben der modernen Arbeiterbewegung, um so gehässiger die Verfolgung deren Träger durch die patentierten Stützen des heutigen Unrechts, der Ungleichheit, der brutalen Unterjochung und schamlosesten Blünderung.

Die moderne Arbeiterbewegung will keine Gnade, keine heuchlerisch in das Gewand der Barmherzigkeit gekleidete Almosenberei. Die moderne Arbeiterbewegung fordert für jeden, der schaffen kann, das Recht auf Arbeit und, was die prassenden Nichtstuer am meisten hassen und verabscheuen — die Pflicht zur Arbeit; sie fordert für alles, was Menschengesicht trägt, das Recht zum Leben, das Recht zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. In den Dienst solchen Strebens stellt die moderne Arbeiterbewegung alles Handeln und Tun.

Und ist nicht in sittlicher und ethischer Beziehung turmhoch über das demoralisierende Almosengeben erhoben die auf Grundlage moralisch rechtlichen Anspruches ausgebaute Selbsthilfe in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung? Ganz sicher! Das Almosengeben entwürdigt, entmündigt den Menschen, unsere Unterstützungen bedeuten eine Guldigung des Menschentums, sie sind eine Schule zur Stärkung und Festigung des Persönlichkeitsbewußtseins. Und für unsere Mitglieder kann es kaum eine schönere Weihnachtsgabe geben, als die Einführung der Erwerbslosenunterstützung in unserer Organisation. Nicht nur, daß diese Unterstützung manchen Kollegen vor Not und Elend schützen wird, als wirkliche soziale Einrichtung ist sie ein Baustein für den herrlichen Dom der Menschheit, an dem die moderne Arbeiterbewegung in rastloser Tätigkeit, mit hingebendem Eifer schafft.

In der Organisation braucht niemand für eine Unterstützung zu danken; hier wird die Freude nicht vergällt durch den Gedanken, eine Gnade empfangen zu haben, zu Dank und Unterwürfigkeit verpflichtet zu sein. Und schon aus diesem Grunde hat allein die Einführung der Unterstützung mehr Wert für den Menschheitsfrieden, als das Geplärre von hunderten Tausenden Heuchlern und hunderten Tausenden Indifferenten, die in sträflicher Gleichgültigkeit sich damit begnügen, demütig und unterwürfig für Wohlthaten und Gnadenbrocken zu danken.

Im Kampfe für den Menschheitsfrieden, gegen Unterdrückung und Ausbeutung hatte unsere Organisation bis 1. April 1904 gezahlt:

| | |
|---------------|-----------------------------|
| 38 455,85 Mk. | an Wanderunterstützung |
| 490 887,71 | Streitunterstützung |
| 11 178,93 | für Rechtschutz |
| 29 672,39 | an Umzugsgeld |
| 23 667,00 | Sterbegeld |
| 38 545,00 | Gemahregeltenunterstützung. |

Das sind insgesamt 632 356 85 Mk. — fast 7/8 Million Mark — an Unterstützungen. Und nun kommt hinzu die bedeutungsvolle Arbeitslosenunterstützung. Ganz gleich, aus welchem Grunde, ob durch Arbeitslosigkeit oder durch Krankheit Erwerbslosigkeit eingetreten ist, oder der Erwerb erheblich eingeschränkt wurde, jeder Kollege kann die Unterstützung in Anspruch nehmen. Nicht zu bitten braucht er; als wenn er zur Sparkasse geht und seine Sparanlagen ein-

fordert, so erhebt der Kollege seine Unterstützung. Aber bei der Sparkasse kann er das eingezahlte Kapital nur einmal erheben, während der Kollege in der Organisation sein Einlagekapital stets erneuert, immer von neuem sich vor der Gefahr des Ablebens und dem Gange zur Armenverwaltung versichert.

Solche sittlichen Einrichtungen, geschaffen gegen den Willen der herrschenden, plündernden Gesellschaft, aufgebaut unter schweren Kämpfen und Mühen, lassen recht deutlich erkennen die Fäulnis und Unwürdigkeit des das Menschentum tief verletzenden Geschlechts vom Frieden auf Erden, vom Heil der Menschheit und ähnlichem Getue, wie es sich besonders in diesen Tagen breit macht.

Die moderne Arbeiterbewegung hat mit dem Geschlecht der offiziellen Welt nichts zu tun; nicht besser feiert der Proletarier Weihnachten, als wenn er seiner Organisation neue Kämpfer zuführt, neue Streiter, welche ihm helfen, das Gebäude des Unrechtes in Trümmer zu schlagen, an dessen Stelle stehen zu lassen den erhabenen Bau des wahren Menschentums — der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Die Notwendigkeit der Organisation.

Von H. Vogel.

Daß ein wirksames und notwendiges Mittel der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage eine starke Organisation ist, hat niemand besser erkannt, wie die Arbeitgeber selbst. Sie fürchten die immer allgemeiner und vollständiger werdende Organisation ihrer Arbeiter, und um sich vor ihr zu schützen, schließen sie sich selbst immer mehr zu Verbänden zusammen. Auf seiner am 24. September in Stettin abgehaltenen 27. Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands machte Dr. Brauer auf die zahlreichen Arbeitgeberverbände aufmerksam und auf die Notwendigkeit gleicher Zusammenschlüsse in der chemischen Industrie. Direktor Dr. Pöttinger von der Elberfelder Farbenfabrik teilte mit, daß die Führer der Gewerkschaften die unorganisierten Arbeiter der Zweigfabrik in Leberhausen aufgehebt hätten zu Beschwerden über den mangelhaften Zustand der Bedürfnisanstalten, nur um einen Grund zur Gummischung zu haben. Denn bei der Untersuchung durch den Prüfungsausschuß des Verbandes der Arbeitgeber des bergischen Industriebezirkles hätten sich diese Beschwerden als unbegründet herausgestellt. Die Fabrikleitung habe es aber abgelehnt, mit den Vertretern der Arbeiterorganisation zu verhandeln, weil sie diese als Vertreter ihrer zu ca. Neunzehntel den Organisationen nicht angehörenden Arbeiter nicht anerkennen könnten. Gegen die Gewerkschaften sei erst Stellung genommen worden, nachdem diese der Fabrikleitung den Krieg erklärt, über die Fabrik die Sperre verhängt und alle Maßnahmen zu deren Vollziehung, insbesondere durch Ausstellung von Streikposten an allen Türen der Fabrik, getroffen hätten. Das Vorgehen der Gewerkschaften sei lediglich eine Machtprobe gewesen, die den Zweck gehabt hätte, durch einen etwaigen Erfolg festen Fuß unter den Arbeitern zu fassen und neue Mitglieder zu gewinnen. Einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unternehmen, läge der Fabrikleitung durchaus fern. Sie habe den ihr aufgebrungenen Kampf um die Gewerkschaft in der Fabrik angenommen und mit den gesetzlich und moralisch (1) erlaubten Mitteln des Ausschlusses der Gewerkschaftsmitglieder freigleich zu Ende geführt. Die Wichtigkeit der Auffassung, daß dem Koalitionsrecht der Arbeiter auch die Pflicht der Arbeitgeber entspreche, den Arbeiterorganisationen gegenüber auf das Recht der Auswahl zu verzichten, könne nicht zugegeben werden. Wenn jeder Arbeitgeber verpflichtet würde, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen, und seinen Betrieb nach der Billigkeit der Organisationsleiter einzurichten, so würde das den Ruin der deutschen Arbeitgeber bedeuten. Kommerzienrat F. Vorster in Köln fügte noch hinzu, daß die chemischen Fabriken bisher von Streiks im allgemeinen verschont geblieben wären, hauptsächlich weil sie meist ungelernete Arbeiter beschäftigen. Auch nach seinen Beobachtungen werde seitens der organisierten Arbeiter neuerdings der Versuch gemacht, die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter in ihre Organisationen mit einzubeziehen. Welche Gefahren dies bedeute, namentlich für Saisonbetrieb, wie in den Düngemittelabriken, liege auf der Hand. Darauf wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen: Die 27. Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands erkennt mit Genugtuung an, daß in der chemischen Industrie das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bisher im allgemeinen ein zufriedenes gewesen ist, und daß die Arbeits- und Lohnbedingungen meist durch friedliches Uebereinkommen beider Parteien geregelt werden konnten, sodas Streiks in chemischen Betrieben nur in ganz vereinzelten Fällen vorgekommen sind. Für die Arbeitgeber der chemischen Industrie würde daher an und für sich zurzeit kein Bedürfnis für einen Zusammenschluß zu einem Streik-erwärtungsverbände bestehen. Mit Rücksicht aber auf die Solidarität der Interessen aller Arbeitgeber bezüglich einer erfolgreichen Bekämpfung unberechtigter Anforderungen der Arbeitnehmer, im Hinblick ferner auf die außerordentlichen Fortschritte, welche die Organisationsbestrebungen der Arbeitnehmer in den letzten Jahren gemacht haben und auf die hierdurch bedingte Gefahr für die Arbeitgebererschaft hält die Versammlung eine tatkräftige Förderung der Bestrebungen, die ge-

samte Arbeitgebererschaft zu einem Schutzverbände zu organisieren, für erforderlich und empfiehlt daher den Mitgliedern des Vereins, sich den bestehenden lokalen Arbeitgeberverbänden anzuschließen, bezw. die Gründung solcher Verbände in die Wege zu leiten und auf den Anschluß dieser lokalen Verbände an den „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ hinzuwirken.“

(Schluß folgt.)

Gegen die Bestrebungen der Fischindustriellen,

die neben anderen Wünschen auch den haben, die Arbeiter und Arbeiterinnen noch länger arbeiten lassen zu können, als wie sie es jetzt schon können, haben die in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen in verschiedenen Orten Protestversammlungen geplant.

Die Kolleginnen und Kollegen wollen keine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern Verkürzung. Diese ist aus sanitären und ökonomischen Gründen geboten. An allen Orten, wo unsere Organisation vertreten und die Fischindustrie heimisch ist und Fisch-Salzereien, -Müchereien usw. sind, da muß die Gelegenheit benutzt werden, die Kollegen aufzurütteln. Es müssen öffentliche Versammlungen anberaunt und die Kollegen zum Besuch aufgefordert werden. In den Versammlungen sind sie aufmerksam zu machen auf die Gefahren, die sie bedrohen, wenn die Fischindustriellen ihre Wünsche erfüllt erhalten. Auf die Chancen! Gegen die geplante Verlängerung der Arbeitszeit!

Wir empfehlen die nachfolgende Resolution allen diesen Versammlungen zur Annahme:

Der Verein der Fischindustriellen, unterstützt von einigen Handelskammern, hat eine Petition an den Bundesrat gerichtet, worin um Wiederaufhebung der Verordnung vom 11. März 1898, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Konservfabriken, nachgesucht und gleichzeitig das Ansuchen gestellt wird, der Bundesrat solle den Betriebsleitern das Recht der unbeschränkten Ausbeutung der Arbeitskraft gewähren.

Das kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, ist mit den nötigen Vorarbeiten betraut worden und hat angeordnet, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer, darunter auch Arbeiterinnen, von einer Kommission gutachtlich vernommen werden sollen. Die heutige Versammlung empfiehlt den aus den Reihen der Arbeitnehmer bestimmten Auskunfts- personen, nachfolgende Bedenken gegen eine Ausdehnung der Arbeitszeit in den Fischgeschäften mit aller Schärfe geltend zu machen.

Für Frauen ist die Arbeit in den Fischgeschäften an und für sich schon außerordentlich nachteilig und mit mancherlei Gefahren verbunden. Einmal ist es die schmierige, widerlich riechende Feuchtigkeit, mit welcher Räume und Kleider durchseucht sind, was zur Folge hat, daß Krankheiten, insbesondere Rheumatismus, sich geltend machen; dazu kommt oft bei den unbedeutendsten Verletzungen die Gefahr der Blutvergiftung, ebenso sind Bruchschäden durch das Transportieren großer Gewichtsmengen, Plattfuß- entwicklung und Krampfadernbildung oft schon nach einigen Jahren Beschäftigung bemerkbar.

Bei dem männlichen Arbeitspersonal ist es die intensive Rauchentwicklung, wodurch Rauchvergiftung eintritt und der Entstehung von Augenleiden aller Art Vorschub geleistet wird.

Es wird der Hoffnung Raum gegeben, daß der Bundesrat das Ansuchen der Fischindustriellen und Handelskammern, weil Privat-Interessen-Gruppen, zurückweist, und sich dazu versteht, eine Reduzierung der Arbeitszeit im Wege der Verordnung herbeizuführen.“

Vom Landarbeiterelend.

Ein Landlehrer hat seine Ruhestunden dazu benutzt, um Beiträge zur Erforschung der sozialen Lage auf dem Lande zu liefern. Interessantes schildert er über die Beschäftigung eines 12jährigen Knaben. Die diesbezüglichen Aufzeichnungen beziehen sich auf die Arbeitszeit und lauten:

3. Woche im März: 4 1/2 Uhr auf Stallarbeit (Ansmischen helfen, Wassertragen, Futtern) bis 7 1/4 Uhr. Schule. Ueber Mittag Holzhaufen und Rübenstampfen. Nachmittags Arbeit in der Scheune (Strohabtragen). Gegen Abend futtern, Dorfabtragen, Wassertragen. Im ganzen 7 bis 8 Stunden gearbeitet. Sonntags 3 Stunden. 4. Woche im März ungefähr die gleiche Arbeit; Dauer der Beschäftigung etwas länger, weil die Tage zunehmen. 1. Aprilwoche. Mehrarbeit wegen Erkrankung des Knechtes. 56 Stunden Arbeit in der Woche. 2. Aprilwoche: Morgens Stallarbeit; alsdann Gartenarbeit; nachmittags Kornböden gereinigt, regelmäßige Arbeit täglich Kartoffeln von Keimen befreit im Keller bis abends 8 Uhr. Arbeitsdauer in der Woche 60 Stunden. 3. Aprilwoche: Morgens Stallarbeit; außer der Schulzeit Fackeln aus Weiden gebunden zum Begeßern. Feldarbeit, Hausarbeit.

So ging es bis in den Spätherbst hinein, oft bei einer täglichen Arbeitszeit von 14 Stunden. Alsdann lehrte der Knabe, der außerhalb seines heimatlichen Dorfes vermietet worden war, nach Hause zurück. Was er dabei in der Schule gelernt haben kann, läßt sich uns schwer denken! Das Lernen war selbstverständlich gleich Null! Darüber macht sich das Agrariertum auch kein Kopfschütteln. Ihm dankt, der dümmste

Arbeiter sei gerade der beste, denn er wird sich am ehesten damit abfinden, daß die Zustände auf dem Lande, die lange Arbeitszeit und niedrige Bezahlung einer übernatürlichen Ordnung der Dinge entsprechen und unabänderlich seien. Aber das Junkertum ist verblendet, es täuscht sich. Dadurch, daß es solche Zustände schafft, die ein Hohn auf jedwede Kultur sind, schaufelt es selbst am eigenen Grabe, denn auch in der Landwirtschaft nimmt die Technik einen Grad an, welcher immer mehr anstellige, intelligente Arbeiter erfordert. Aus der Länge der Arbeitszeit, die hier ein schulpflichtiger Knabe zur Erhöhung der Rentabilität aushalten mußte, läßt sich eine Schlussfolgerung ziehen, was man in den ländlichen Gefilden erwachsenden Arbeitern an Arbeitsleistung zumutet. Mit 14 Stunden ist es für Erwachsene nicht abgetan. Deren tägliche Arbeitsqual ist länger. Die lange Arbeitszeit ist denn auch eine der Ursachen, daß die Unfallhäufigkeit in der Landwirtschaft so hoch ist, höher als in gewerblichen Betrieben.

Lange Arbeitszeit, hohe Unfallziffern, niedrige Bezahlung, gar keine oder völlig unzureichende Versicherung gegen Krankheit, das sind die dringendsten Uebel, die die Landarbeiter heute drücken. Aber die Gesetzgeber in Preußen, wie in anderen Ländern denken nicht daran, die Hand an diese Uebel zu legen, sie mit Stumpf und Stiel auszurotten. Vielmehr klagt man über Landflucht — kein Wunder, wenn die Arbeiter der Stelle solch unwürdiger Zustände entfliehen; man jammert über Kontraktbruch und schmiedet aufs neue Fußangeln für die Landarbeiter. Besserung, Befreiung kommt nur, wenn die Landarbeiter die Notwendigkeit der Organisation erkennen und derselben sich anschließen.

Vom sozialen Kampfplatz.

— In Mannheim stehen bei der Firma Rudolf u. Otto Meyer, Fabrikation für Heizkörper, Differenzen bevor.

— In Frankfurt a. M. sind bei der Mitteldeutschen Gummifabrik (Louis Peter) circa 100 Kolleginnen und Kollegen in den Ausstand getreten. Eine Anzahl Kollegen sollte Nachtschicht machen. Für die Nachtschicht gab es sonst 70 Pf.; diese sollten auf einmal wegfallen. Das wollten die Kollegen nicht. Nach kurzen Auseinandersetzungen wurde der Wegfall der Nachtschicht angeordnet. Nun wäre ja die Differenz beglichen gewesen. Aber da gefiel es einem Meister, den einen der beteiligten Kollegen anzubiden. Der Diskurs drehte sich dabei um die Organisation und endete mit der Entlassung des Kollegen. Diese Entlassung führte zu der umfangreichen Arbeitseinstellung. Der Konflikt war also seitens der Betriebsleitung gesucht. Offenbar hat es ihr geschmerzt, daß die geplante Lohnreduzierung von den Arbeitern abgewehrt werden konnte, und sie glaubte nun durch einen neuen Vorstoß die Lohnverkürzung doch durchdrücken zu können. Alle Versuche, durch Verhandlungen eine Einigung zu erzielen, schlugen fehl, obwohl Verbesserungen gar nicht gestellt waren. Die Kollegen verlangten

1. die Wiedereinstellung der Ausgetretenen resp. Entlassenen, soweit dieselben auf Wiedereinstellung reflektieren,
2. die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter darf nicht Grund zur Entlassung sein,
3. Einsetzung eines Arbeiterausschusses,
4. die Lohnzahlung soll achttagig erfolgen.

Es dürften recht wenige Betriebe in Frankfurt sein, deren Inhaber sich die Arbeitsleistung 14 Tage lang von den Arbeitern borgen zu lassen. Das Renommee des Betriebes könnte nur gewinnen, wenn er die achttagige Zahlung einführt.

— In Gotha ist der Streik auf der Waggonfabrik beendet worden unter der Zusage des Lohnes bei ungünstigen Umstände. Die ursprüngliche Forderung der Direktion, eine Auslese bei der Wiedereinstellung zu machen, hat diese modifiziert, daß sie zuerst 12 der Ausständigen nicht wieder einstellen wollte, dann halbierte sie nach abermaligen Verhandlungen diese Zahl. Es sind also 6 Personen von dem Streik verblieben. Nach Neujahr sollen 6 davon eingestellt werden. Weitere Maßregelungen sollen nicht platzgreifen. Eine Neuregelung der Löhne, worunter natürlich eine Aufbesserung zu verstehen ist, soll demnächst vorgenommen werden. Von unserer Organisation waren 24 Kollegen beteiligt, welche bis auf 2 wieder eingestellt sind. — Trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen und Wachsamkeit waren die Streikbrecher nicht von dem Betriebe fernzuhalten. Von unseren Kollegen war kein einziger wankelmütig geworden; obwohl alle ihre Plätze bereits besetzt waren, hielten sie bis zum Schlusse aus.

— Albersweiler. Eine Arbeitseinstellung vollzog sich am 6. Dezember in dem Steinbruch der Firma C. Siegel u. Sohn. Die Arbeiter arbeiteten von 7 1/2 Uhr morgens bis zum Anbruch der Dunkelheit. Da es zu Beginn der Arbeit in jetziger Jahreszeit noch dunkel ist, machten sie auf die Gefahren aufmerksam, die aus der Dunkelheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter entstehen können. Da wurde ihnen der Vorschlag gemacht, um 8 Uhr anzufangen und ohne Frühstück- und Vesperpause zu arbeiten, dann sollte ein voller Tagelohn bezahlt werden, oder die Arbeit sollte um 9 Uhr beginnen bei Zahlung eines Dreiviertel-Tagelohnes. Es wären dann 1,50 Mk. zur Auszahlung gekommen, denn der Tagelohn ist 2 Mk. An der Arbeitseinstellung beteiligten sich 80 Kollegen.

Innerhalb 24 Stunden waren die Differenzen geschlichtet. Die Arbeit beginnt um 1/8 Uhr, um 10 Uhr ist eine viertelstündige Frühstückspause.

In Uedermünde hat das Ziegelwerk Horn, wo der Meister Winter tätig ist, eine Anzahl Kollegen wegen ihrer Organisationszugehörigkeit entlassen. Der Genannte meinte, er wolle dafür sorgen, daß der Verband am Orte vernichtet würde. Da wird er sich vergeblich Mühe geben, unnütze Kraftverschwendung kann er sich ersparen.

Soziale Rundschau.

Girsch-Dundersche Streikbrecher-Vermittlung. Wie bereits mitgeteilt, sind in der Riffshäuserhütte zu Artern 70 Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes auf die Straße geworfen worden, weil sie sich weigerten, einen Revers zu unterschreiben, nach welchem sie weder dem Metallarbeiter-Verbande angehören noch sich ihm während ihrer Beschäftigung auf der Riffshäuserhütte anschließen würden. Die Leute wurden einzeln in die Portierstube geführt, wo man ihnen den Revers zur Unterschrift vorlegte, nachdem ihnen vorher durch einen Anschlag der Direktion mit Entlassung gedroht war, falls sie die Unterschrift verweigerten.

Dieser schamlose Angriff auf das Koalitionsrecht sollte die Empörung eines jeden Arbeiters wachrufen, gleichviel welcher Art einer Organisation er auch angehören möge. Aber das Organ des Girsch-Dunderschen Gewerkschafts der Maschinenbauarbeiter, der „Regulator“, veröffentlicht folgendes Inserat:

**Tätigkeit Dreher
für Motorenbau zum sofortigen Antritt
gesucht.**

**Riffshäuserhütte,
Artern, Provinz Sachsen.**

Wenn man in der liberalen Kapitalisten-Presse, die ja skrupellos lediglich den Erwerbszwecken ihres Besitzers zu dienen hat, solche Streikbrecher-Inserate findet, so erklärt dies immerhin eben den Erwerbszweck des Herausgebers. Wenn aber das offizielle Organ einer Arbeiter-Organisation an der Vernichtung des Koalitionsrechtes durch Streikbrecher-Inserate mitarbeitet, dann beweist das außer dem Mangel der Moral auch das Fehlen jedes Verständnisses für die eigenen Klasseninteressen.

Und wenn dann infolge dieser Mängel die Reihen der Girsch-Dunderschen sich mehr und mehr lichten, fällt man abermals dumm und verbrecherisch zugleich anderen Arbeiter-Organisationen in den Rücken.

Interessengemeinschaft in der Anilinfabrikation. Die Badische Anilin- und Sodafabrik und die Farbenfabriken vorm. Bayer in Elberfeld hielten je eine außerordentliche Generalversammlung ab zwecks Anschluß an die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation. Beide Generalversammlungen genehmigten den Anschluß. Auch die Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation votierte ihr Einverständnis. Die Selbständigkeit der drei Gesellschaften bleibt erhalten und die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation partizipiert mit 14 Prozent am Gesamtgewinn. Das Abkommen soll ab 1. Januar 1905 für die Dauer von 50 Jahren in Kraft treten. Auf letzterer Generalversammlung teilte der Direktor Oppenheim mit, daß trotz der Schäden, welche der russisch-japanische Krieg verursacht habe, der Geschäftsgang im laufenden Jahre ein recht zufriedenstellender war und daß, soweit sich bis jetzt feststellen lasse, mit Bestimmtheit auf eine höhere Dividende gerechnet werden könne, wie für 1903. Eine höhere Dividende! Die für 1903 waren ja auch „nur“ 16 Prozent.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Das Polizeipräsidium in Hannover hat auf Grund des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes den Vorsitzenden Kollegen Brey aufgefordert, ihm anzuzeigen: 1. die von einem bestimmten Zeitpunkt ab eingetretenen Änderungen im Verzeichnis der Zahlstellen des Verbandes, 2. die Veränderungen unter den Vorsitzenden der Zahlstellen (Verzeichnis der derzeitigen Zahlstellen-Bevollmächtigten), 3. die Bevollmächtigten (Vertrauensmänner) in den Orten, wo Einzelmitglieder sind, 4. die Orte selber, in denen es Einzelmitglieder gibt. Wir hielten uns mit Rücksicht auf die Vorschriften des § 2 dazu nicht verpflichtet. Darnach haben die Vorsitzenden von Vereinen, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, nur die Veränderungen im Mitgliederbestande und der Statuten der Polizei anzumelden und demzufolge nur darüber Auskunft zu geben.

Das Landgericht Hannover als Berufungsinstanz und vordem das Schöffengericht sprachen uns denn auch frei, weil das Verlangen der Polizei nicht durch den § 2 des Vereinsgesetzes gedeckt sei.

Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr Revision ein und suchte ... mit Hilfe allerlei juristischen Listeleien darzutun, daß die Polizei doch im Recht sei. Zum Beispiel sollten Änderungen im Verzeichnisse der Zahlstellen Statutenänderungen sein.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht ließ in dessen die ersten drei Forderungen der Polizei fallen und bemerkte unter anderem dazu, daß Änderungen im Bestande der Zahlstellen als solcher absolut keine Statutenänderungen in sich schließen. Auch gehörten die Zahlstellen nicht in das Mitgliederverzeichnis, denn nicht die Zahlstellen seien „Mitglieder“ im Sinne des Vereinsgesetzes, sondern die physischen Personen. Das Verlangen, die jetzigen Vorsitzenden der Zahlstellen

anzugeben, sei ebenfalls deshalb verfehlt, weil Veränderungen in den Zahlstellenverzeichnissen weder Statutenänderungen, noch Veränderungen im Mitgliederbestande seien. Ferner werde durch § 2 des Gesetzes nicht gestiftet das Verlangen nach der Anmeldung der Bevollmächtigten des Verbandes in den Orten, wo Einzelmitglieder wären.

Für begründet erklärte aber der Oberstaatsanwalt das Verlangen nach einem Verzeichnis der Orte, wo Einzelmitglieder seien. Der Polizeipräsident zu Hannover könnte von dem Verbandsvorsitzenden verlangen auf Grund des § 2, daß er ihm Ein- und Austritt der Einzelmitglieder in Deutschland anzeige, wobei der Wohnort anzugeben wäre. Wenn nun der Polizeipräsident nur die Angabe der Orte verlange, wo es Einzelmitglieder gebe, so wolle er ja weniger, als er verlangen könne, daher die Berechtigung dazu.

Der erste Straßensatz des Kammergerichts verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft am 8. Dezember in vollem Umfange. Begründend wurde ausgeführt: Die polizeiliche Aufforderung gehe über das, was § 2 des Vereinsgesetzes gestatte, erheblich hinaus. Die drei ersten Forderungen halte der Senat in Übereinstimmung mit dem Oberstaatsanwalt für unberechtigt. Im Gegensatz zum Oberstaatsanwalt spreche aber der Senat eine Berechtigung auch der vierten Forderung ab: der nach Angabe der Orte, wo Einzelmitglieder seien. Allerdings könne die Polizei verlangen, daß die neu eintretenden Einzelmitglieder ihr angemeldet würden und daß dabei der Ort angegeben werde. Man müsse nun voraussetzen, daß eine Anmeldung der Einzelmitglieder mit Angabe ihres Wohnortes erfolgt sei. Ein Verzeichnis der Orte, wo es Einzelmitglieder gebe, könne sich dann die Polizei selbst machen. Sie könne nicht verlangen, daß es ihr gemacht werde. Dies Verlangen sei kein Weniger gegenüber ihrem Recht, sondern etwas im Wesen anderes!

So hätten wir ja auch diese Aktade glücklich überstanden und wir können verschlafen zu der nächsten, die schon durch einige Vernehmungen eingeleitet worden ist.

Korrespondenzen.

Altona. Versammlung am 30. November bei Fels. Es wird beschlossen, daß die Unkosten, die durch den Bierbock und den Schlachtereifrei entstanden sind, von den Gewerkschaften aufgebracht werden müssen, und zwar macht es für jedes Mitglied 60 Pf. Dieses Geld ist aus der Lokaltasse zu decken, da wir den Mitgliedern nicht noch mehr Beiträge zumuten können. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß unter den Fischindustriellen eine Bewegung im Gange ist, Bestimmungen zu erhalten, die Frauen bis abends 11 Uhr beschäftigen zu können. Selbstverständlich sei es nun nach Lage der Sache Pflicht, in nächster Zeit Protest dagegen zu erheben; die ersten Schritte dazu seien bereits getan. Ein Schreiben von der Kartellkommission ist eingegangen, in welchem dargelegt wird, daß in der nächsten Zeit die Vertreterwahlen zu den Ortskrankenkassen stattfinden. Es soll nun bei den Mitgliedern Umfrage gehalten werden, wer Mitglied der Ortskrankenkasse ist. Dann wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Gewerkschaften verpflichtet sind, für den mäßigen Verbrauch von Alkohol, namentlich auf den Arbeitsplätzen, Sorge zu tragen. Die Diskussion wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben.

Breslau. Sonntag, den 27. November, tagte hier eine gutbesuchte Versammlung. Arbeitersekretär Reutirch referierte über das Thema: „Was nützt uns der Verband?“ Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der folgenden Diskussion wurde betont, daß der für Breslau angelegte ortsübliche Tagelohn noch nicht einmal von vielen unserer Kollegen erreicht werde. Sie erhielten weniger, und zwar 1,80 Mk., 2 Mk., 2,20 Mk. Diese Bezahlung sei für Arbeiter in einer Stadt wie Breslau absolut unzureichend. In zweitem Punkte wurde auf die Notwendigkeit pünktlichen Beitragszahlens verwiesen. Zur Erreichung desselben wurden noch 3 Häufstärker gewählt.

Danzig. Am 4. Dezember tagte eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Wiesenhütter-Stein über: „Unternehmer- und Arbeiterorganisationen“ referierte. Redner zeigte die Gegensätze, die notwendigerweise zwischen Unternehmern und Arbeitern entstehen müssen. Wegen der Unterdrückung, in welcher sich die Arbeiter befinden, müßten sie zur Organisation greifen, um sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren. Ihre berechtigten Bestrebungen wurden durch das organisierte Unternehmertum zu verhindern versucht. Im Laufe der Jahre haben die Unternehmer verschiedene Male einen Anlauf genommen, um die Koalitionsbestrebungen der Arbeiter zu hindern. Die letzteren konnten dies abwehren, heute tun Unternehmerverbände, Polizei und Gerichte ihr Möglichstes, damit das Streben der Arbeiter, die Macht des gemeinsamen Handelns anzuwenden, gehindert werde. An der Aufrechterhaltung der Jerrissenheit unter den Arbeitern arbeiten in neuerer Zeit auch die christlichen Gewerkschaften, deren Bestreben besonders darauf hinausläuft, sich bei den Unternehmern als die industriellen Muskelmännchen einzuschmeicheln. Nachdem Redner noch der Erweiterung unserer Verbandszwecke gedacht hatte, führte er an, in welcher Weise heute schon der Verband gewirkt hat. Mit einer Aufforderung zum Beitritt in den Verband schloß die Ausführungen. Es entspann sich noch eine eingehende Debatte, in welcher die Lebenshaltung und die Löhne unserer Kollegen in Danzig eine treffende Beleuchtung erfahren haben.

Essen. Die letzte Mitgliederversammlung beschloß die Errichtung eines Arbeitsnachweises. In erster Linie sollen den reisenden Mitgliedern die Annahmestellen bekannt gegeben werden, speziell wo Arbeiter direkt angestellt werden. Die Mitglieder mögen daher jede freie Arbeitsstelle, von der sie Kenntnis erhalten, mündlich oder schriftlich auf den Arbeitsnachweis bei Witwe Laufenberg, Beußstraße 70, zur Kenntnis bringen.

Sau 19. Tätigkeitsbericht für das Jahr 1903/04. In diesem unseren Schlussbericht vermögen wir nicht zu sagen, daß das abgelaufene Jahr ein ruhiges gewesen ist, vielmehr verlief es recht kampfbereich; auch an Arbeit mangelte es nicht, daher können wir auch einen Mitgliederzuwachs von 200 feststellen. Am 2. Oktober wurde die Zahlstelle Ratzburg gegründet, die jetzt schon einen Mitgliederstand von 82 aufzuweisen hat. An öffentlichen Versammlungen wurden drei abgehalten. Mitglieder des Bauvorstandes hielten außerdem noch in Mitgliederversammlungen sechzehn Referate ab. Revisionen wurden drei vorgenommen. Die Zahl der eingegangenen Schriftstücke war 104, Druckachen 33, 1 Depesche. Der Ausgang ist 112 Schriftstücke und 6 Pakete. Es wurden auch 800 Briefe zur Agitation und 1000 Sammelzettel zu öffent-

lichen Versammlungen versandt. Im Mai tagte unsere diesjährige Generalversammlung, wo ein Beschluß gefaßt wurde, daß der Bauvorstand ein Flugblatt herausgabe für die ländliche Bevölkerung zur Hausagitation; der Bauvorstand hat diesen Beschluß ausgeführt und ist schon mit dem Versand begonnen und es werden demnächst Versammlungen folgen. Außerdem haben wir schon mehrere Anknüpfungspunkte, wo demnächst neue Zahlstellen gegründet werden können.

Harburg. Eine Mitglieder-Versammlung tagte am 2. Dezember bei Lamprecht am Karnapp. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder Pape und Behr. Die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Sitzen. — Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Stellung der Frau“ führte die Referentin, Frau Basse-Bremen, aus: Es sei bedauerlich, daß die Frau innerhalb der wirtschaftlichen Verhältnisse noch immer in der alten Gewohnheit dahin lebe. Sie sei immer noch zu viel die Sklavin des Mannes, aber noch mehr die des Kapitalismus. Auf dem Gebiete der Frauenbewegung sehe es noch recht traurig aus, weil die Frau sich nicht die nötige Bildung durch Lesen von guten Büchern und den Besuch von Versammlungen verschaffen könne. Frau und Arbeiterin liege neben der Arbeit in den Fabriken auch noch vielfach die Beforgung des gesamten Haushaltes und der Kinder ob. Rednerin richtete an die Männer die Bitte, in solchen Fällen die Frau nach Möglichkeit zu unterstützen und ihr auch einige freie Stunden zu verschaffen, damit sie sich ihren Klagenentsinnen anschließen und mit ihnen um die Rechte der Frau kämpfen und neuen Lebensmut schöpfen könne. Rednerin führte die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hauptsächlich auf das Schuldkonto der indifferenten Arbeiter zurück. Wenn sich sämtliche noch fernstehenden Arbeiter ihren kämpfenden Brüdern anschließen würden, dann wären selbst die Kapitalisten- und Unternehmerverbände machtlos. Rednerin bittet alle Mütter, die Kinder schon in der frühesten Jugend darauf hinzuweisen, daß sie sich zur rechten Zeit ihren Klagenentsinnen anschließen und mit ihnen um die Rechte der Menschheit und um bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu kämpfen hätten. Reicher Beifall folgte den Ausführungen. — Ueber die Gaulonferenz in Bremen gab der Kollege Buch einen kurzen Bericht, indem er sich auf die bereits im „Proletarier“ erfolgte ausführliche Berichterstattung berief. — Kollege Böger fragte an, ob Gutzleben und Stabe ebenfalls an den Hamburger Bau angeschlossen worden seien? — Kollege Martens bejahte dies. — Nachdem noch Kollege Woods zur fleißigen Benutzung der Bibliothek aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Hildesheim. In der am Sonntag, den 4. Dezember d. J. stattgefundenen Versammlung referierte Redakteur Fr. Westmeyer-Hannover über: „Wissen ist Macht“ und führte ungefähr folgendes aus: Das Wissen sei schon in Zeiten des Mittelalters so gut wie monopolisiert gewesen. Es war eben zu der Zeit schon nur den Besitzenden möglich gewesen, sich amüsantes Wissen anzueignen und seine Weisheit so viel wie möglich für sich zu behalten, nur um seinen Preis den Armen tag zu machen. Denn damals habe schon das Sprichwort bestanden: „Je dummer, desto krummer.“ Mit Geld und Gesandnis sei früher derjenige bestraft, welcher ohne die dazu nötige Erlaubnis einem anderen das Lesen und Schreiben lehrte. Die Zeiten haben sich aber geändert. Mit der Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaft stiegen auch die Ansprüche an die Intelligenz der Arbeiter. Die Verhältnisse verlangten es, wenigstens, wenn auch nur etwas, lesen und schreiben zu können. Daher habe der Staat die Volksschulen und anderen Schulen geschaffen, um dem Volke das Wissen beizubringen. Nach der Schulstatistik im Jahre 1901 sind für die preussischen Volksschulen 269 942 875 Mark, aus Mitteln des preussischen Staates über 80 Millionen Mark aufgewendet worden. Diese Summen erscheinen so im ersten Augenblick kolossal, aber sie schrumpfen zusammen, wenn man sie mit der Summe vergleicht, die für Heer und Marine jedes Jahr ausgegeben werden. In vielen Kellen des Reiches seien die Schulverhältnisse recht traurige. 120, 40, 60 bis 200 Kinder habe ein einziger Lehrer zu unterrichten, wozu ein Unteroffizier nur ein gutes Duzend Soldaten zu drillen habe. Selbstige würden schöne Gesichter machen, wenn ihnen zugemutet würde, 200 Mann „auszubilden“. Bei den kleinen VBC-Schulen komme es aber nicht so genau darauf an. Was die Schule nun versäume, wo der Staat seine Schuldigkeit nicht getan habe, sollten die Arbeiter selbst eingreifen, sich organisieren, Verantwortung der Arbeitszeit erkämpfen, damit ihnen Zeit zur Weiterbildung bleibe. Bei der jetzigen Arbeitszeit und den gezahlten Löhnen fehlten den Arbeitern aber sowohl die Geldmittel, wie auch die Zeit zur Weiterbildung. Zahle doch die hiesige Zuckerraffinerie einen Mindesttagelohn von 2 Mk. Das sind 20 Pf. weniger, als der ortsübliche Tagelohn für erwachsene Arbeiter beträgt. Dieser unzureichende Lohn wird gerade an alte Leute gezahlt, die Jahrzehnte lang gearbeitet haben, für die Aktionäre Berge Geldes zu erlangen. Haben die Aktionäre im vorigen Jahre doch nicht weniger als 70 Prozent Dividende erhalten. Gerade die Arbeiter der Zuckerraffinerie müssen sich bis auf den letzten Mann der Organisation anschließen, um zu gelegener Zeit sich eine bessere Bezahlung erkriegen zu können. Jeder, sei er katholisch, evangelisch oder sonst etwas, alle sollten sich den freien Gewerkschaften anschließen. Die Unternehmer fragen auch nicht nach Religion. Da fuge der Jude neben den farbigen und evangelischen Christen und vertrete mit ihnen ihre gemeinsamen Interessen. — Der Vorsitzende Kollege Caspary wies noch mit kurzen Worten darauf hin, tatkräftig in die Agitation einzugreifen, immer neue Mitglieder dem Verbande zuzuführen. Hagemann ersuchte die Mitglieder, da „Wissen eine Macht“ sei, mehr die Bibliothek in Anspruch zu nehmen, welche für Mitglieder kostenfrei sei.

Jahnsiek. Am 4. Dezember tagte eine öffentliche Versammlung. Der Genosse Faber aus Stettin referierte über die Lage der Arbeiter. Die örtlichen Lohnverhältnisse gaben Anlaß zu eingehender Kritik. Werden doch jetzt Kollegen mit 1,40 Mk. abgelohnt, das ist ein Tagelohn für schwere Arbeitsleistung. Aber selbst diese elende Bezahlung bringt unsere Kollegen noch nicht einmal zur Einsicht, denn es stehen immer noch eine Anzahl der Organisation fern.

Rempten. In der Holzstoff- und Papierfabrik Segge liegt vieles im Argen. Trotz der großen Neubauten und der technischen Verbesserungen, die diese Fabrik im vergangenen Sommer erfahren hat, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie die Behandlung der Arbeiter so schlecht geblieben wie vorher. Von den etwa 300 Arbeitern, die in dieser Fabrik beschäftigt sind, erhalten 90 Prozent einen Lohn von 2,20 Mk. bis 2,40 Mk. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß Tag und Nacht fortgearbeitet wird, daß also die Mehrzahl der Arbeiter jede zweite Woche von abends 6 Uhr bis früh 6 Uhr in Arbeit steht. Dieser miserablen Lohn reicht nicht einmal für einen alleinstehenden Arbeiter, geschweige denn für eine Familie. Unter diesen Verhältnissen ist es auch kein Wunder, wenn das Unzufriedenheitsniveau in vollster Blüte steht. So sind Schichten von 18 Stunden an der Tagesordnung, und für einzelne Arbeiter ist eine Schicht von 24 Stunden keine Seltenheit. Daß die Arbeiter auch das „Sparen“ lernen, dafür hat die Fabrikleitung ebenso Sorge getragen wie dafür, daß sie nicht zu viel Zeit von Denken übrig haben. So wird alle 14 Tage am Dienstag ausbezahlt, damit die Arbeiter nicht am Sonntag zu viel Geld in den Händen haben. Die Arbeitsschichten sind so eingeteilt, daß die Nachtschicht bis Sonntag früh dauert. Die Mehrzahl der Arbeiter kommt erst um 7 oder 8 Uhr aus der Fabrik, ja, einzelne sogar erst um 10 und 11 Uhr; diese haben bis Montag früh 6 Uhr frei, dann geht's wieder von neuem los. Arbeiter, die für die folgende Woche Nachtschicht haben,

beginnen schon am Sonntag abends 6 Uhr mit der Arbeit. Wenn man nun bedenkt, daß die Fabrik 1 1/2 Stunden von der Stadt entfernt ist, so wird leicht einsehen, daß da von einer Sonntagsruhe nicht die Rede sein kann, denn bis die müden Knochen einermäßen ausgeruht sind, heißt es schon wieder schuften. Das Straßbüchlein ist ebenfalls in bestem Schutze. Drei Arbeiter wurden z. B. um je 1 Mark bestraft, weil sie an Allerheiligen nicht gearbeitet haben. So sieht es aus an Orten, wo die Arbeiterpresse zu wenig beachtet wird, so sieht es aus in Fabriken und Werkstätten, wo sich die Arbeiter nicht ernstlich genug um ihre Berufsorganisation kümmern. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt euch der Organisation an!

Randeborg a. d. Werthe. Eine gutverkaufene Versammlung, die unsern Verband einen Zuwachs von 30 Mitgliedern brachte, tagte am 3. Dezember. Veranlassung zu der Versammlung war die Entlassung eines Ehepaars, Mitglieder unseres Verbandes. Der Herr Direktor Schmidt vor der Jutespinnerei und Weberei nahm die Entlassung vor, obwohl keines der entlassenen Mitglieder sich eines Vergehens bewußt ist. Sie haben ihre Pflichten als Arbeiter erfüllt, aber auch von den Rechten Gebrauch gemacht, die einem Arbeiter zustehen. Sie sind organisiert. Deshalb die Entlassung. Da sieht man, wie die Unternehmer die Organisation fürchten. Welchen Einfluß müssen sie von dieser erwarten, wenn die Unternehmer die Organisation absolut darniederhalten wollen. Ein solches Vorgehen des Unternehmens kann nur zur Folge haben, daß daran die Arbeiter den Wert der Organisation schätzen lernen und erst recht zur Organisation sich wenden. Insofern könnten wir also sagen: Die Unternehmer sind ein Teil der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Trotzdem verurteilen wir dies Vorgehen der Unternehmer. Denn es ist das gesetzliche Recht der Arbeiter, sich einer Organisation anzuschließen, und es ist unmoralisch, die Nutzung eines gesetzlich garantierten Rechts durch Stockprügel auf den Wagen zu ahnden. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Wir sind nicht nur eine Organisation, die für günstige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintritt, wir gewähren unseren Mitgliedern auch nachhafte Unterstüßungen: Umzugsgeld, Sterbegeld, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Herr Schmidt will durch keine Entlassungen bewirken, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter aus Furcht, entlassen zu werden, nicht Mitglied unserer Organisation werden. Wer sich solcherart einschüchtern läßt, begibt sich des Rechts, über 3 Jahresfrist Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung vom Verbands fordern zu können, sich also einer fühlbaren, empfindlichen wirtschaftlichen Schädigung aus, wird der Wohlthätigkeit beraubt, sich gegen die fürchterlichen Entbehrungen, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, schützen zu können, wird gehindert, sich seine Unterstüßung während einer Krankheit etwas zu erschöpfen! Aber auch die Familie des Arbeiters leidet unter dieser Schädigung. Will Herr Schmidt dann vielleicht einspringen? Um Antwort wird gebeten. Er wird es nicht wollen. Aber selbst wenn er wollte, so würden die Arbeiter auf sein Gradengehen verzichten, pochen auf das Recht, durch die eigene Organisation sich in Arbeitslosigkeit und Krankheit zu schützen! Wenn er irgend welchen Totendrang befriedigen will, dann möge er es nicht durch Entlassungen ihm demütigter Arbeiter, dann soll er innerhalb des seiner Leitung unterstellten Betriebes Verbesserungen für die Arbeiter einbringen; eine große Arbeit kann er da vollbringen.

Magdeburg. Am Sonntag, den 11. Dezember, tagte im „Weißen Hirsch“ eine außerordentliche Generalversammlung zwecks Annahme eines belobenden Geschäftsführers. Den Bericht der vorbereitenden Kommission gab Kollege Otto Dähms. Eingegangen waren 7 Bemerkungen. Die Kommission empfiehlt zur engeren Wahl die Kollegen Frenzel-Zundenburg und Holzmacher-Magdeburg-St. Die Anst. Lang soll am 1. Januar erfolgen. Nach einer lebhaften Debatte wurde ein Antrag, die Annahme bis 1. Februar zu vertagen und den Posten nochmals auszusprechen, abgelehnt und beschlossen, die Wahl sofort vorzunehmen. Gewählt wurde Kollege Gustav Holzmacher. Nach Erledigung der Wahl des Gauvorsitzenden und der Kart-Delegierten, sowie einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der geliebtesten Versammlung.

Misburg. Die Zementfabrik Germania hat wieder einmal Pech gehabt. Im Laufe dieses Jahres sind schon einige tausend Arbeiter eingestellt worden bei ca. 600 Beschäftigten. Einige hundert hiervon hatte die Hamburger Polizeibehörde gefandt, und zwar solche, die sich bei ihr abmelden meldeten. Nun kamen kürzlich wieder zwei Transporte, der letzte (50 Personen), durch Agenten von Oberkasseler bejagt. Nach ihrer Aussage war ihnen 3,50 M. Lohngeld und 4 bis 5 M. im Alford versprochen worden. Schon auf der Reise wurden die Arbeiter etwas frugig, hatte man ihnen doch von Karibor bis Misburg ganze 50 Pf. Gehalts gewahrt. Dabei sollte ihnen Fahrt- und Gehalts später wieder abgezogen werden. Da sie nun die Löhne und Arbeitsbedingungen vernahmen und die Schicksale auf der Kantine befragten, verging ihnen doch die Lust zum Arbeiten. Sie forderten ihre Papiere zurück. Diese Arbeiter sind nun um eine Erfahrung reicher, und die Fabrik ist etwa 1000 M. los. Der große Arbeiterwechsel läßt erkennen, welche Zustände dort herrschen. Die Direktion, welche seit diesem Frühjahr amtiert, hat schon wesentliche Änderungen eingeführt, aber keine zugunsten der Arbeiter. Die Lohnzahlungsperiode sind von 14-tägigen in halbmönatliche, die Krankheitszeit aus einer 14-tägigen ebenfalls in eine halbmönatliche umgewandelt. Früher blieben 2 Tage zwecks Abrechnung stehen, jetzt 6 Tage. Will man hiermit die Selbstständigkeit der Arbeiter erstreben oder soll das Geld noch Zinsen tragen? Nach dem Fabrikstatut hat die Lohnzahlung abends um 6 Uhr stattzufinden, zweimal ist dieses ohne ersichtlichen Grund erst um 7 Uhr geschahen, die Arbeiter mußten also eine Stunde länger auf ihr Geld warten. Kürzlich ist ein Zahlungstag auf einen Sonnabend. Gegen Abend wurde bekannt gegeben, Geld gibts erst am Montag, weil auf der Post 21000 Mark abhanden gekommen sind. Derartige Unfälle sind das Straßbüchlein, die einzelnen Strafen betragen 50 Pf. bis 2 Mark. Für zu früh anfragen oder zu spät kommen gibts gewöhnlich 1 Mark, bemacht ein Arbeiter einen Sach als Schürze, 2 Mark Strafe und hat den Schaden zu tragen. Wo die Strafgelder fließen, darüber fehlt den Arbeitern jede Kontrolle. Zum 15. November beabsichtigte die Betriebsleitung eine 10prozentige Lohnkürzung für alle Arbeiter. Dies machte die Arbeiter anständig, und alles eilte zum Kontor, wodurch die Bekanntmachung zurückgenommen wurde. Ausweicht ist es der Direktion doch gelungen, Winterlöhne (wichtig für die Besoldung) ab 1. Dezember einzuführen, das ist ebenfalls eine Lohnreduktion, nur nicht für alle. Sind denn die Löhne wirklich so hoch, sind Alfordlöhne von 2,40 M. bei schwerer Arbeit und in erdrückendem Stauende etwas seltsames? Entspricht die Betriebsleitung den gesetzlichen Anforderungen, z. B. wenn Zementstaub gewalmen wird? Mühen die Arbeiter nicht in diesem Staube in kurzer Zeit zugrunde gehen? Einander dieses hat noch nie bewert, daß derartige Arbeiten auszuführen sind, wenn der Gewerkschaftler hier weiß. Mühen die Arbeiter ist es, sich besser zu organisieren, damit endlich auch dort einigermaßen menschenwürdige Zustände geschaffen werden.

Lehrer. Sonntag, den 11. Dezember, tagte die erste Mitgliederversammlung unserer neu gegründeten Zahlstelle. Der Herr Lehrer referierte über die am 1. Oktober 1905 in Kraft tretenden Bestimmungen. Die Gewährung der Gewerkschaftsunterstützung, die einem Werk gefährlichen Bedürfnisse entgegenkommt und geeignet sei, den kranken und arbeitslosen Kollegen

eine Hilfe in der Not zu gewähren, müsse auch zu reger Agitation für den Verband benützt werden. Auch am Orte müsse eine rege Agitation betrieben werden, um neue Verbandsmitglieder zu gewinnen. — Dann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. In einer demnachst tagenden Versammlung wird noch eingehend über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Organisation referiert werden.

Pöschappel. Drei glänzend besuchte Versammlungen tagten am 22., 25. und 26. November. Kollegin Wodwig referierte über das Thema: „Was droht der Arbeiterchaft.“ Rednerin wies darauf hin, daß die Menschen in zwei Lager: arm und reich, geteilt seien. Die Besitzenden sind im Besitze der Produktionsmittel, damit in der Lage, ihren Reichtum immer größer zu gestalten, die Arbeiter besitzen nur ihre Arbeitskraft. Ob er nun die Kraft eines Reichen besitzt oder arbeitet, daß er an sich dem einer Biene gleichkommt, wenn ihn der Arbeitgeber nicht will, nicht braucht, so bedeutet das für den Arbeiter Hunger. Tausend und abertausend Arbeiter und Arbeiterinnen haben das schon erfahren müssen. Hier führte Rednerin die Arbeitslosenagitationen in allen Großstädten an und meinte, die da ermittelte Arbeitslosigkeit sei ein Beweis von der „gesicherten Existenz“ des Arbeiters. Da aber die Familie nicht bloß aus einer Person besteht, sondern oft aus sehr vielen, so ist das Massenelend groß; ein weiterer Beweis sei die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Laut Statistik wies sie nach, daß die Frau als Arbeiterin auch dort verlornt wird, wo die Arbeit dem Organismus der Frau besonders schädlich ist. Nun ging über Frau Wodwig zur Schilderung des neuen Feindes der Arbeiterbewegung über: Der Organisation der Arbeitgeber, und führte hier die Kämpfe der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, Textilarbeiter, Glasarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter usw. an, als Beweis die Gründung von Arbeitsnachweisen seitens der organisierten Industriellen. Die Arbeitsnachweise wurden von ihr als eine fürchterliche Geißel bezeichnet, wenn wir nicht die Aufklärung und Organisation der Arbeitermassen dazu benutzen, ihnen ein halt entgegenzurufen. Schwere Gemitterwolken kommen großend hergezogen, die Reaktion arbeitet, aber sie werden an dem festen Wall organisierter Arbeitermassen zerfallen.

Rastenburg. Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, tagte in Rastenburg im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung. Der Referent Kollege Wiesenhütter sprach über die Entwicklung unserer Organisation und ihren Ausbau. In der Diskussion wurden vom Vertrauensmann scharf die Mißstände gerügt, die in den Fabriken vorhanden sind. So wurde ein Arbeiter, welcher 36 Stunden in einer Tour schon gemacht hätte, weil er nach Hause ging, um sich frische Waschlappen zu holen, denn er sollte 48 Stunden in einer Tour machen, entlassen, weil er nicht da geblieben war. Ueberhaupt sei es nicht selten, daß die Arbeiter gezwungen seien, in Folge der niedrigen Löhne — es werden den Arbeitern in den Wintermonaten hier bis 6 Pf. Stundenlohn angeboten — 24 bis 48 Stunden zu machen. Und dann wundern man sich, wenn infolge der langen Arbeitszeit so häufig Unglücksfälle vorkämen. Auch sonst bleibe hier in Rastenburg viel zu wünschen übrig.

Schwendig. Am 27. November tagte im Gasthof zu Wehlitz eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Wittig aus Leipzig über den Wert der Gewerkschaftsunterstützung für die Organisation referierte. Nachdem sich der Referent seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden entledigt hatte, kam er zum Schluß auch auf die Verhältnisse in der Papier- und Pappfabrik von F. M. Weber zu sprechen. In der Diskussion wurden diese Schilderungen von verschiedenen Rednern ergänzt und in bezug auf die in jenem Betriebe herrschenden Zustände Dinge zur Sprache gebracht, die man in der Nähe der Großstadt kaum für möglich halten sollte. So müssen z. B. zwei Mann drei Maschinen bedienen, auch sind Schichten von 36 Stunden an der Tagesordnung. Die Löhne für Hofarbeiter bewegen sich bei 11-tägiger Arbeitszeit bis 15 M. pro Woche, für Maschinenarbeiter bis 18 M. bei 11 Arbeitstagen. Noch miserabler ist die Bezahlung der Frauen. Nach einer vorliegenden Bohndüte betrug der Lohn für eine Affordarbeiterin:

| | |
|--|---------|
| Alford | 6.85 M. |
| Tagelohn (9 Stunden) | 0.90 |
| | 7.75 M. |
| Kranken- u. Invaliden-Versicherung | 0.17 |
| | 7.58 M. |
| Strafe | 2.— |
| | 5.58 M. |

Andere Lohnzeittel laufen auf 7,55 M. Lohn, 7,80 M. und 7,78 M. Daraus gehen die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung noch ab. Von der erwähnten Strafe sind 16 Frauen betroffen, denen jedoch nachträglich die Hälfte wieder zurückgezahlt worden ist. Auch die sonstige Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen seitens des Direktors, sowie hauptsächlich der Vorarbeiter läßt alles zu wünschen übrig. In höchst unfreundlicher Weise wird mitunter vorgegangen. Auch die Schutvorrichtungen lassen viel zu wünschen übrig. Anstatt, daß der Betriebsinhaber nun die Arbeitsverhältnisse bessert, richtet sich sein Born gegen die Organisation. Er verbietet die Zugehörigkeit zu unserer Organisation resp. verlangt den Austritt derjenigen, die sich bereits dem Verbands angeschlossen haben. Das ist sehr unklug von den Herren Betriebsleitern gehand. Sie handelten weit klüger, wenn sie mit der Organisation über entstandene Differenzen verhandeln würden.

Stralsund. Am 11. Dezember tagte hier im Gewerkschaftshause eine von ca. 100 Personen besuchte Versammlung. Der Ganleiter, Kollege R. Wiesenhütter-Stettin, der in einem 1 1/2-tägigen Vortrage den Zweck und Nutzen der Organisation behandelte, erörterte insbesondere die miserablen Zustände der Fabrik- und Landarbeiter in West- und Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg. An der Hand zahlreicher Materials wies der Redner dann nach, daß dort, wo starke Organisationen bestehen, die Arbeiter und Arbeiterinnen von den Unternehmern schon anders behandelt werden. Es könne durch den Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen darauf hingearbeitet werden, daß man günstige Arbeitsstarife abschließt und so den Unternehmern zwingt, etwas von seinem Profit abzugeben. In der darauf folgenden Diskussion kam Genossin Kramann auf die Zustände der hiesigen Zuderfabrik zu sprechen. Es bekämen dort Arbeiter 18—20 Pf. Stundenlohn, die Arbeiterinnen dagegen ganze 10 Pf., sage und schreibe zehn Pfennige, die Stunde. Wollen die Arbeiter nicht bei voller Arbeit verhungern, dann sind sie gezwungen, 24—36, ja 48 Stunden hintereinander zu arbeiten. Auf der Stralsunder Spielartensfabrik heißt's noch schächer mit dem Lohn; es werden da nur 7 Pf. die Stunde gezahlt, das macht bei 60 Stunden die Woche 420 M. Daß bei solchen Hungerlöhnen die Arbeiterinnen an Unterernährung zugrunde gehen müssen, ist einleuchtend. Wie viele Mädchen werden bei solchen Löhnen nicht an Leib und Seele verdorben. Einer Aufforderung des Genossen Brill an die Anwesenden, sich zahlreich in unseren Verband anzuschließen zu lassen, kamen 10 Personen nach, und somit ist die Zahlstelle gesüßert.

Quittung.
Bei der Hauptkasse gingen seit dem 7. Dezember folgende Beträge ein:
Dierwied 100.—, Speyer 200.—, Aßherleben 77.50, Uderwände 100.—, Eisenberg (Pfalz) 31.95, Stockelsdorf 100.—, Lissa (Sch.-Schl.) 31.20, Hannover I 200.—, Reustadt

i. S. 38.20. Schönebeck 200.—, Dessau 467.64, Schwerin 11.97, Wittenhausen 5.65, Rendsburg 112.30, Hennigsdorf 100.—, Glöckstadt 28.50, Weiskirchen 2.25, Gau 4, jurid. Bezahl. —, 04, Goslar 1.45, Bagerdorf 100.—, Braunschweig 1200.90, Mühlheim a. Rh. 100.—, Kolbitz 1.50, Reustadt a. S. 1.50, Altona 350.—, Bremen 315.—, Halberstadt 180.—, Pöschappel 489.—, Gainsstadt 103.30, Wilmshausen 400.—, Klein-Krohenburg 32.80, Wesseling 18.30, Offenbach 329.25, Ammendorf 155.—, Charlottenburg 200.—, Hamburg-St. Georg 876.77, Wandshel 400.—, Dicks 46.—, Zegel 30.—, Uetersen 100.—, Renjesfeld 401.21, Delmenhorst 150.—, Schwendig 12.90.
Schluß: Dienstag, den 20. Dezember, mittags 12 Uhr.

Die Zahlstelle Singen hat die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Monat und Mitglied erhalten. Die Zahlstelle Hannover erhebt unter Zustimmung des Vorstandes ab 1. Januar 1905 einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Monat und Mitglied.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
Gau 5. (Sitz München.) Vorsitzender: Jos. Staimer, Frauenstraße 4a, I.
Gau 7 (Ludwigshafen). Vorsitzender: S. Prall, Hartmannstraße 9, III.
Ammendorf. Karl Becker, Kadewell.
Brandenburg. (Gau 3.) S. Veier, Gr. Gartenstr. 39.
Durlach. Rudolf Kraus, Schwabenstraße 4.
Görlitz. Peter Christians, Nordstraße 130.
Hilfheim. G. A. Schlett, Weistbacher Weg.
München. Jos. Staimer, Frauenstraße 4a, I.
Oebisfelde. F. Kohlstedt, Hinterstraße 90.
Penzberg. W. Pfalggcaß, Schneidermeister.
Ragnitz. Karl Krimmaling, Schulstraße 127.
Zegel. Verkehrslokal: Gelhaar, Berlinerstraße 92.
Neizen. Ferd. Gade, Livilstraße 2.

Eingegangene Zahlstellen.
Walldorf. Die Zahlstelle Walldorf hat sich der Zahlstelle Maanheim angeschlossen. Die Kassengeschäfte werden im Walldorf vom Kollegen Firtzhalet weiter besorgt.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
23 185, ausgestellt für Feinr. Klafoschke am 14. Oktober 1904 zu Köpenick.
15 134, ausgestellt auf den Namen Jakob Koch am 21. August 1904.

Briefkasten.
P., Köln. Der Verband der Kassenbeamten ist der Generalkommission nicht angeschlossen. Die Generalkommission selbst hat resoliert, daß die Kassenbeamten, die aus anderen Berufen kommen, verpflichtet sind, ihre bisherigen Berufsorganisation auch weiter anzugehören. Daran können Sie ermahnen, wie berichtigt ich zu meiner damaligen Bemerkung gewesen bin; selbstverständlich habe ich nichts zurück zu nehmen. Tritt der Betreffende wieder bei uns ein, dann kann von diesem Wiedereintritt im „Proletarier“ Notiz genommen werden.
Aug. Drey.

Inserate.
Boy, Georg, Arbeiter aus Rostk (S.-A.), wird gebeten, seiner Mutter behufs wichtiger Mitteilungen seine Adresse anzugeben. [0,45 M.]

Zahlstelle Braunschweig.
Gr. Silvester-Feier
im „Hofjäger“, Wolfenbüttelerstraße, bestehend in Vorträgen und Ball.
Um 12 Uhr: Blünderung der Weihnachtsbäume. Die geehrten Mitglieder nebst Familien sind freundlichst eingeladen. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. Karten sind bei den Häufstaktieren und Komiteemitgliedern zu haben. [1,80 M.] Anfang 7 Uhr. Das Komitee.

Zahlstelle Charlottenburg.
Sonnabend, den 7. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“, Rosinenstraße 3:
Großer Wiener Maskenball.
Um 12 Uhr: Demaskierung.
Um zahlreichen Besuch bitten
[1,50 M.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hamburg.
Som 1. Januar 1905 ab wird die Reiseunterstützung nur im Bureau, Dühnerposten 27, I, vormittags von 11—12 Uhr und nachmittags von 5—6 Uhr ausgezahlt. Sonn- und Festtag geschlossen.
[1,05 M.] Die Bevollmächtigten.

Harzburg.
Die nächste Versammlung tagt Mittwoch, den 28. Dezember, Tagesordnung: Wahl Jahresbericht. Vornahme einer Arbeitslosen-Zählung. Verschiedenes. Es ist Pflicht der Mitglieder, daß sie alle erscheinen.
[1,05 M.] Der Vertrauensmann.

Einzelmitglieder von Mügeln und Umgebung.
Freitag, den 6. Januar 1905, nachmittags 1/3 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Alten Gahhof, Mügeln. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Gewerkschaftliches. Um zahlreichen Erscheinen bitten
[1,50 M.] Die Vertrauensmänner.

Zahlstelle Spandau.
Sonnabend, den 14. Januar 1905, bei Kunze, Schönwalderstraße 80:
Maskenball.
Anfang 8 Uhr abends. Ende ???

Zahlstelle Wunsiedel.
Unsere nächste Monats-Versammlung findet nicht am 1., sondern am 8. Januar, nachmittags 2 Uhr, im alten Schießhaus statt. Besseres Besach wie das letzte Mal wird erwartet. Richterliche haben sich den Beschüssen zu unterwerfen.
[1,05 M.] Die Bevollmächtigten.